



Haushaltsrede des Stadtverordneten Lars Wind, Piratenpartei, zur Sitzung des Rats der Stadt Herne am 14.02.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in der heutigen Sitzung führen wir eine Haushaltsdebatte in Krisenzeiten. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist weiterhin dramatisch und eine Lösung dieses Problems ist leider nicht in Sicht.

Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht mehr, wie Sie Ihre Energierechnungen oder andere Rechnungen begleichen sollen. Die heftigen Preissteigerungen treffen besonders die sozial benachteiligten Menschen mit voller Wucht. Viele geraten so in die Verschuldung und damit in eine gefährliche Abwärtsspirale. Die Hilfspakete der Bundesregierung kamen dagegen viel zu spät oder helfen kaum. Manche Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Studentinnen oder Studenten wurden sogar ganz vergessen.

In dieser Situation die Grundsteuer zu erhöhen, mag haushaltstechnisch richtig sein, ist sozialpolitisch in der aktuellen Zeit aber unverantwortlich. Diese Steuererhöhung führt direkt zu monatlichen Mehrkosten bei allen Bürgerinnen und Bürger und schränkt somit weiter das frei verfügbare Einkommen ein. Wie wollen Sie diesen Schritt den Bürgerinnen und Bürgern erklären? Im Prinzip torpedieren Sie mit diesem Vorschlag die Entlastungspakete, die bisher bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen sind und damit auch unseren Hilfsfond Herne-Solidarisch, den ich an dieser Stelle ausdrücklich loben möchte. Der Hilfsfond kann zwar nicht alle Probleme lösen, zeigt den Bürgerinnen und Bürgern aber, dass man Sie nicht alleine lässt.

Herr Dr. Klee in Ihrer Haushaltsrede am 05.09.2022 sagten Sie: „Eines ist sicher, ein Weiter so wird es nicht geben können“. Ich muss heute feststellen, dass es leider doch so Weiter gehen wird. Sie arbeiten weiter an den Symptomen, ohne eine Lösung zu finden. Kurz gesagt: Es bleibt bei einer unverantwortlichen Steuererhöhung für die Bürgerinnen und Bürger und eine desaströse finanzielle Lage für unsere Stadt.

Die Schuld der Gesamtproblematik dabei immer nur komplett beim Land und beim Bund zu suchen ist mir persönlich zu einfach. Natürlich müssen Sie weiterhin Druck auf das Land und den Bund ausüben, um endlich eine sinnvolle Altschuldenlösung zu finden. Keine Frage! Wenn ich mir aber einige Dinge in unserer Stadt anschau, frage ich mich manchmal wirklich, ob wir uns gewisse Dinge noch leisten können. Ein Neujahrsempfang mit 500 Gästen oder eine Stadtzeitschrift die drei Mal im Jahr verteilt wird und uns ca. 80.000 € kostet. Ein internationales Top-DJ Duo zum Stadtjubiläum oder ein fast komplett subventionierter Cranger Weihnachtszauber mit Personalkosten von 185.000 € pro Jahr.

Zu guter Letzt noch einen Top-Anwalt für das Baugebiet an der Bergstraße, um für viel Geld einen finanziellen Schaden noch irgendwie abzuwenden. Ich habe nichts gegen Top-Anwälte, es wäre aber

besser, wenn diese engagiert werden würden, um Geld in die Stadtkasse zu spülen. So besteht das Risiko, dass uns dieser Rechtsstreit gleich im doppelten Sinne teuer zu stehen kommt.

Dies sind nur wenige Beispiele, die finanziell wenig ins Gewicht fallen, aber sich unter dem Strich summieren. Es sind Mehrkosten, die von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen und viele unserer Bürgerinnen und Bürger können diese Mehrkosten zurzeit einfach nicht verkraften.

Zusätzlich geht es dabei neben den Summen auch um den Eindruck, der bei den Bürgerinnen und Bürgern hängen bleibt. Es entsteht der Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten werden, während man in anderen Situationen sich fast das Beste leistet. Für viele passt das nicht ins Bild. Unser erster Tagesordnungspunkt zur neuen Ehrenordnung hat doch gezeigt, dass man sich der dramatischen Situation anpassen kann und muss.

Denn wichtige Projekte unserer Stadt müssen über mehrere Jahre finanziert werden oder kommen nur durch Fördermittel überhaupt noch zustande. Explodierende Baukosten wie z.B. beim Bau der neuen Feuerwache führen zu Mehrkosten. Die Endpreise für Bauprojekte können kaum noch beziffert bzw. geschätzt werden und werden uns auch in Zukunft finanziell schwer treffen. Nicht nur die Inflation, besonders die eingeleitete Zinswende machen unserer Stadt dramatisch zu schaffen. Die Zeiten der günstigen Finanzierungen sind vorbei und sorgen für erhebliche Mehrkosten, die von uns allen, allen Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen.

Dieser Haushalt ist mehr denn je auf Kante genäht und zudem auch von Unsicherheiten geprägt. Eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger ist in der jetzigen Situation das falsche Signal und nicht vertretbar deswegen werde ich diesem Vorschlag nicht zustimmen.